

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

6. – 12. Dezember 2025

Am 9. Dezember 2025 hat die französische Nationalversammlung in zweiter Lesung den Haushalt der Sozialversicherung (PLFSS) für 2026 mit 247 zu 234 Stimmen angenommen. Die knappe Mehrheit wurde durch die Enthaltung der Grünen möglich, die ihr Votum als „vernünftig“ und nicht als Unterstützung der Regierung werteten. Premierminister Sébastien Lecornu verzichtete auf den umstrittenen Verfassungsartikel 49.3, der ein parlamentarisches Votum umgeht, und verhandelte stattdessen Kompromisse mit mehreren Parteien, darunter MoDem, Renaissance und Teile der *Parti Socialiste*. Der Haushaltsplan sieht ein Defizit von 19,6 Mrd. € vor (gegenüber 23 Mrd. € 2025), sowie eine Erhöhung der Krankenversicherungsausgaben um 3 %, um auf die wachsenden Bedürfnisse von Krankenhäusern und ambulanter Medizin zu reagieren. Weitere Maßnahmen sind die Begrenzung der Dauer von Arbeitsunfähigkeitszeiten (maximal 1 Monat bei Erstverschreibung, 2 Monate bei Verlängerung), eine außerordentliche Steuer auf private Krankenversicherungen in Höhe von 1 Mrd. €, sowie Stabilisierung der Krankenhaus-Tarife durch eine zusätzliche Erhöhung von 850 Mio. €.

Die französische Nationalversammlung hat am 10. Dezember mit großer Mehrheit dem Grundsatz einer Erhöhung des Verteidigungsbudgets für das Jahr 2026 zugestimmt. Insgesamt stimmten 411 Abgeordnete dafür, 88 dagegen, 22 enthielten sich. Unterstützt wurde der Vorstoß vom Regierungslager, *Rassemblement National*, den Sozialisten sowie den unabhängigen Abgeordneten der Gruppe Liot. Die Fraktionen von *La France Insoumise* und der Kommunisten lehnten den Vorschlag ab, während sich die meisten Grünen enthielten. Der symbolische Beschluss findet parallel zur laufenden Haushaltsdebatte im Senat statt. Die geplante Erhöhung der Verteidigungsausgaben um 6,7 Milliarden Euro soll eine schnellere Stärkung der französischen Streitkräfte ermöglichen. Vorgesehen sind unter anderem zusätzliche Munitionsbestellungen im Umfang von einer halben Milliarde Euro, der Aufbau einer nationalen Drohnenindustrie für 150 Millionen Euro sowie der Ankauf neuer Radarsysteme und Störtechnologien gegen Langstreckenraketen und Drohnen.

Trotz politischer Unsicherheit zeigt sich die französische Wirtschaft resilient, wie der Gouverneur der Banque de France, François Villeroy de Galhau, betont. Die Bank wird ihre Wachstumsprognosen für 2025 und 2026 leicht anheben; bislang lagen sie bei 0,7 % bzw. 0,9 %, während das nationale Statistikamt INSEE und die Regierung bereits 0,8 % prognostizieren. Die positive Einschätzung stützt sich auf Rückmeldungen von Unternehmen, die die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft trotz politischer Unsicherheiten und Haushaltsdebatten bestätigen. Villeroy warnt jedoch, dass ein Wachstum von etwa 1 % noch nicht ausreicht und dass politische Stabilität und Haushaltsstrategie entscheidend seien, um zusätzlich rund 0,2 % Wachstum zu erzielen.

Weniger als 100 Tage vor den Kommunalwahlen hat das französische Parlament eine parteiübergreifende Gesetzesvorlage verabschiedet, die das Engagement lokaler Politiker fördern soll. Dazu gehören u. a. höhere Entschädigungen für Bürgermeister und deren Stellvertreter, vor allem in kleinen Gemeinden, zusätzliche Rentenquartale pro Mandat, erweiterter Wahlurlaub, Erstattung von Kinderbetreuungskosten, ein Status für Studierende in Ämtern und automatische Schutzmaßnahmen bei Bedrohungen oder Gewalt. Ziel ist, den Rücktritt von jährlich rund 450 Bürgermeistern wegen Überlastung, Konflikten zwischen Mandat und Beruf sowie familiären Belastungen zu verringern. Die Regierung plant, die Umsetzung vor den Kommunalwahlen im März abzuschließen.

Der französische beigeordnete Minister für Europa Benjamin Haddad hat die EU-Kommission aufgefordert, mögliche europäische Finanzierungen an NGOs in den palästinensischen Gebieten zu überprüfen. Haddad betonte, dass EU-Mittel an humanitäre Organisationen wie CESVI, Handicap International oder Norwegian Refugee Council ausschließlich humanitären Zwecken dienen müssen und nicht unter Einfluss einer als terroristisch eingestuften Organisation stehen dürfen. Er forderte volle Transparenz, verbesserte Kontrollmechanismen und einen robusteren Finanzierungsauflagemechanismus, um sicherzustellen, dass EU-Mittel nicht missbraucht werden. Frankreich, gemeinsam mit Österreich und den Niederlanden, hat zudem Vorschläge auf EU-Ebene eingebracht, um zu gewährleisten, dass die Empfänger europäische Werte respektieren. Haddad warnte vor fortwährenden Verstößen gegen europäische Werte durch Drittakteure und rief zu erhöhter Wachsamkeit auf.

Brigitte Macron, die Ehefrau des französischen Präsidenten, hat für einen Eklat gesorgt. Ein Video zeigt, wie sie im Backstagebereich des Pariser Theaters Folies Bergère feministische Aktivistinnen als „sales connes“ („dreckige Vollidiotinnen“) bezeichnete. Anlass war die Störung der Show des Komikers Ary Abittan durch vier Aktivistinnen der Gruppe #NousToutes. Sie protestierten damit gegen Vorwürfe einer früheren Vergewaltigung Abittans. Die Aussagen lösten heftige Kritik in der französischen Kunstszene aus. Die Aktivistinnen bezeichneten Brigitte Macrons Worte als schockierend und beleidigend für die Opfer. Aus den Kreisen des Staatschefs hieß es dazu, dass es sich bei den Worten von Brigitte Macron um eine „Kritik an den radikalen Methoden“ der Militanten handle, die die Show gestört hätten.

Nathalie Arthaud, Sprecherin der französischen linksradikalen Partei *Lutte ouvrière* (LO), kündigte ihre vierte Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2027 an. Sie hatte bereits 2012, 2017 und 2022 kandidiert, bei letzterer erhielt sie 0,56 % der Stimmen. LO plant zudem, bei den Kommunalwahlen 2026 in 250 Städten anzutreten. Arthaud, 55-jährige Lehrerin aus Pantin (Seine-Saint-Denis), kritisiert den „sozialen Krieg“ von Regierung und Großunternehmen gegen die Arbeiterklasse. Die Partei fordert u. a. Verbot von Entlassungen, Lohnerhöhungen und Enteignung von Banken und zählt etwa 8.000 Mitglieder.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



In seinem Buch *Le Journal d'un prisonnier* beschreibt der ehemalige Präsident **Nicolas Sarkozy** seine dreiwöchige Haft und zieht daraus politische Schlussfolgerungen für die Zukunft der rechten Parteien in Frankreich. Er berichtet u.a. über sein Telefongespräch mit Marine Le Pen, der er nach seiner Verurteilung wegen der mutmaßlichen libyschen Wahlkampffinanzierung 2007 für ihre Unterstützung dankt. Auf die Frage, ob er sich an einem „republikanischen Bündnis“ gegen den *Rassemblement National* beteiligen würde, antwortet er eindeutig: „Nein, und ich werde diese Position öffentlich vertreten.“ Sarkozy plädiert stattdessen für ein „möglichst breites Zusammenrücken“ der Rechten, „ohne Ausschluss und ohne Anathema“. Er räumt weiter ein, dass *Les Républicains*, heute nicht mehr stark genug ist, um allein die politische Zukunft zu gestalten oder sicher in die Stichwahl zu kommen. Persönlich geprägt ist seine Haltung auch durch positive Eindrücke von Mitgliedern des RN: Er lobt Marine Le Pen für ihre „Gesprächsführung und Freundlichkeit“ gegenüber seiner Familie sowie den Abgeordneten Sébastien Chenu, der ihm während seiner Haft regelmäßig schrieb und ihn ermutigte, politisch aktiv zu bleiben. Nicolas Sarkozy sagte nun in einem Interview, dass *Rassemblement National* einen „breit aufgestellten“ Flügel habe, in dem sich zahlreiche ehemalige oder enttäuschte Wähler der traditionellen Rechten sammelten. Jordan Bardella verkörpere diesen moderaten, auf breite Wählerschichten ausgerichteten Strömung. Sarkozy zog zudem einen historischen Vergleich und sagte, Jordan Bardella erinnere ihn an den RPR in der Ära Jacques Chiracs.

DIE ZAHL DER WOCHE

10 %

Seit Beginn des Schuljahres sind die Verstöße gegen die Laizität an französischen Schulen um **10 %** zurückgegangen im Vergleich zur gleichen Periode 2024, wie Bildungsminister Édouard Geffray bei einem Besuch im Pariser Vorort Bobigny betonte. Insgesamt wurden 1.300 Vorfälle gezählt, wobei auch Störungen während Gedenkveranstaltungen für die ermordeten Lehrer Samuel Paty (2016) und Dominique Bernard (2021) von 174 auf 66 gesunken sind. Geffray würdigte die Laizität als zentrales Prinzip der Republik, das alle Religionen respektiert und die Einheit der Gesellschaft seit 120 Jahren stützt. In Frankreich wurde das Gesetz zur Trennung von Kirche und Staat am 9. Dezember 1905 verkündet.

3	8	4	7
0	6	5	
5	2	3	1
7	4	9	2
9	8	2	0
			1